

8. Genehmigung der Ersatzwahl eines Mitglieds der Berufsbildungskommission für den Rest der Amtsdauer 2023–2027

Antrag des Regierungsrates vom 10. Dezember 2025 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 24. März 2026

Vorlage 6067a

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Eintreten auf diese Vorlage ist gemäss Paragraph 89 litera d des Kantonsratsgesetzes obligatorisch.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Die Berufsbildungskommission entscheidet, wofür die Mittel des kantonalen Berufsbildungsfonds verwendet werden. Die Kommission besteht gemäss Verordnung über den Berufsbildungsfonds aus neun Personen, sieben davon müssen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen angehören, zudem je eine dem Bildungsrat und der Bildungsdirektion. Aufgrund des Rücktritts der Vertreterin der Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen, Anne Koller-Dolivo, kommt es zur Ersatzwahl für den Rest der Amtsperiode 2023 bis 2027. Der Regierungsrat hat bereits am 10. Dezember 2025 Christian Zehnder, Direktor dieser Vereinigung, als neuen Vertreter für den Rest der Amtsdauer gewählt, und die Kommission für Bildung und Kultur beantragt Ihnen heute mit 12 zu 3 Stimmen, diese Wahl zu genehmigen.

Für eine Minderheit ist die Kommission mit Bezug auf das Geschlecht nicht mehr ausgewogen zusammengesetzt, weshalb sie diese Wahl nicht genehmigen wird. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrags der KBIK-Mehrheit.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die Berufsbildungskommission entscheidet über die Verwendung der Mittel aus dem Berufsbildungsfonds, ihr gehören Vertretungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen an. Aufgrund eines Rücktritts war eine Vertretung der Arbeitgeberseite zu wählen, der Regierungsrat hat Christian Zehnder als Vertreter der Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen gewählt. Der Kantonsrat muss diese Wahl genehmigen oder sollte diese Wahl genehmigen, und entsprechend bitte ich Sie um Genehmigung der Wahl von Christian Zehnder für den Rest der Amtsdauer 2023 bis 2027.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Wir haben gehört – es geht zwar dann um Ziffer I, aber da sich jetzt alle gemeldet haben, werden wahrscheinlich alle reden –, hier geht es um eine Ersatzwahl, die dem Arbeitgeberverband zusteht. Was aber von SP-Seite inszeniert wird, ist, einfach gesagt, «gschämig» und lässt es an Stil fehlen. Es ist ein Lehrstück, wie politische Prinzipien instrumentalisiert werden. Und wie soll man hier in Zukunft mit einer solchen Partei zusammenarbeiten? Ihr geht es gar nicht um Qualität, sondern rein um Wokeness-Ideologie und Geschlechterkampf. Das ist kein Fortschritt, es ist ein Rückschritt, und damit leistet die SP den Frauen einen riesigen Bärenienst. Diese Haltung

ist unanständig und verwerflich. Die Ablehnung dieser Wahl erfolgt nämlich ausdrücklich nicht wegen mangelnder Qualifikation, sondern einzig aufgrund eines politischen Arguments zur Geschlechterverteilung: Die Quote ist wichtig und nicht die Qualität. Der Kandidat des Arbeitgeberverbandes wird nicht wegen seiner Leistung beurteilt, sondern wegen einer abstrakten, selektiv angewendeten Ideologie.

Kompetenz wird plötzlich zweitrangig, und das bedeutet vor allem eines: Willkür. Wer Gleichstellung ernst meint, der stärkt Frauen durch echte Chancen, durch Förderung, durch strukturelle Verbesserungen, nicht durch selektive Ablehnung einzelner Kandidaturen, die am Ende vor allem eines bewirken: Frust, Polarisierung und Glaubwürdigkeitsverlust. Denn seien wir ehrlich: Wenn Gleichstellung hier wirklich das ausschlaggebende Kriterium wäre, dann müsste man sie konsequent überall anwenden. Aber genau das passiert ja nicht. Warum stellt die SP in der KBIK drei Frauen? Drei unter anderem sehr kompetente Frauen, auch wenn ich nicht immer gleicher Meinung bin wie sie. Und grosse Frage an die SP: Wo bleibt in der KBIK seitens der SP die Männerquote? Das ist eine inkohärente Gleichstellungspolitik, das ist Symbolpolitik, und Symbolpolitik auf Kosten von Fairness ist brandgefährlich.

Ich schlage vor, dass die Vertretung der SP in der Berufsbildungskommission, Herr Jacob (*Heiko Jacob*) von der Unia (*Gewerkschaft*) – ja, ihr habt richtig gehört, es ist ein Mann –, per sofort zurücktritt und die SP eine Quotenfrau ins Rennen schickt. Das Signal, das hier ausgesendet wird, untergräbt das Vertrauen in die Zusammenarbeit und in unsere Institutionen. Die SP soll sich schämen.

Wir unterstützen die Kandidatur des Arbeitgeberverbandes, und ich appelliere an diejenigen innerhalb der SP, die noch bereit sind, sachlich zu entscheiden: Überdenken Sie Ihre Haltung oder enthalten Sie sich zumindest der Stimme.

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich): Vorweg, es geht hier ausdrücklich nicht um die fachliche Qualifikation der vorgeschlagenen Person, die Qualifikation steht für uns ausser Frage. Die Diskussion, die wir heute hier eröffnen, ist eine andere. Sie betrifft die Frage, wie Nominationen für wichtige Gremien zustande kommen und welche Verantwortung wir alle, ja, auch wir selbst und unsere Institutionen, tragen. Denn Zusammensetzungen entstehen selten zufällig. Sie sind meist das Ergebnis von früher Förderung, sie sind das Ergebnis von Netzwerken, sie sind das Ergebnis von Sichtbarkeit und davon, wer überhaupt in Verantwortung hineingedacht wird. Wenn bestimmte Menschen, zum Beispiel Frauen, über längere Zeit in zentralen Gremien deutlich untervertreten bleiben, dann ist es oft nicht Ausdruck fehlender Qualifikation; häufig zeigt es vielmehr, dass Zugänge, dass Förderung und dass Rekrutierung nicht für alle gleich funktionieren. Genau deshalb ist es legitim, bei Nominationen auch die Zusammensetzung eines Gremiums mitzudenken, nicht gegen einzelne Personen, sondern im Interesse von Institutionen, die möglichst unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen einbeziehen sollen. Denn Vielfalt ist ein demokratiepolitischer Auftrag und Vielfalt entsteht nicht erst am Ende eines Wahlprozesses. Sie entsteht dort, wo Menschen früh gefördert,

angefragt, aufgebaut und mit Verantwortung betraut werden, und genau dieses Bewusstsein möchten wir uns selbst mit unserem Ablehnungsantrag in Erinnerung rufen. Vielen Dank.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Die Berufsbildungskommission ist kein Gremium, das frei bestückt wird, wie dies etwa beim Universitätsrat weitgehend der Fall ist. Die Verordnung über den Berufsbildungsfonds hält in Paragraph 1 Absatz 1 klar fest, welche Organisationen Anspruch auf einen Sitz haben. Diese schlagen geeignete Personen vor. Sollten der Regierungsrat oder der Kantonsrat Zweifel an den Kompetenzen einer vorgeschlagenen Person haben, was hier offensichtlich und explizit nicht der Fall ist, so könnte der Regierungsrat diese nicht wählen oder der Kantonsrat diese nicht bestätigen. Eine Geschlechterquote ist sinnvollerweise nicht vorgegeben und würde bei einem Gremium, das auf diese Art paritätisch zusammengesetzt wird, einfach nicht funktionieren.

Trotzdem verweigert die SP nun dem von der Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen nominierten Vertreter die Unterstützung, und dies explizit – wir haben es gehört – nicht aufgrund mangelnder Qualifikation, sondern einzig weil er auf das falsche WC geht. Die Arbeitgeber also, welche den Berufsbildungsfonds finanzieren, werden gegängelt. Besonders absurd erscheint diese Ablehnung der SP mit Blick auf den gewerkschaftlichen Vertreter. Dieser darf offenbar ein Mann sein und trägt damit selber zum unausgewogenen Geschlechterverhältnis bei. Es steht den gewerkschaftsnahen Kreisen frei, eine Frau zu stellen, wenn ihnen das Geschlechterverhältnis wichtiger ist als die persönliche Eignung. Vertreter anderer Anspruchsgruppen aber abzustrafen, weil sie das falsche Geschlecht haben, zeugt von schlechtem Stil und wenig Weitblick, denn es könnte gelegentlich auf die SP zurückfallen. Die Arbeitgeberseite wird weiterhin die jeweils geeignetste Person stellen. Bisher war es eine Frau, nun soll es für eine Weile ein Mann sein. Die FDP genehmigt die Wahl von Christian Zehnder.

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Wer sät, der oder die erntet, wie es so schön heisst. Bei der Genehmigung einer Wahl geht es nicht um gar viel, aber man kann ja versuchen, alles zu instrumentalisieren. Genau das machen Sie hier mit Ihrem Minderheitsantrag.

Die Grünliberalen sind selbstverständlich auch für eine angemessene Diversität in der Zusammensetzung von Behörden und Kommissionen. Das steht dann gemeinhin aber unter der Prämisse einer freien Auswahl, und diese urliberale Prämisse ist hier leider nicht mehr wirklich gegeben. Warum nicht? Weil eben die Zusammensetzung per Gesetz bereits hochgradig durchbetoniert ist: Von den Mitgliedern müssen zweimal zwei von dieser plus drei von dieser und zweimal je eines von dieser Interessensorganisation stammen. So geht das nicht, meine lieben Kolleginnen. Es ist eben typisch im Bildungsbereich, dass jedes erdenkliche Gremium – und von denen gibt es gar viele oder allenfalls zu viele – immer und überall mit reinreden und mit einsitzen will. Am Schluss wird es dann so gut wie nicht

erfüllbar, was Sie alles ins Gesetz geschrieben haben. Es ist klar, eine angemessene Verteilung beider Geschlechter in Behörden und Kommissionen ist Verfassungsauftrag und gilt auch für Frau Steiner. Sie tut mir schon fast etwas leid, unter diesen Rahmenbedingungen eine geeignete Person finden zu müssen. Nun, aber immerhin haben wir da ein gewisses Verständnis.

Die gewählte Person erfüllt jedenfalls die gesetzlichen Voraussetzungen und ist unbestrittenermassen wählbar. Dem Gewählten aus seinem Geschlecht einen Strick zu drehen, das geht unter dem Titel «Nichtgenehmigung» unseres Erachtens definitiv zu weit. Ich halte auch nicht viel vom angezogenen Links-rechts-Bashing, damit kann ich nichts anfangen, Herr Burtscher. Vielmehr sollten wir uns hier drin generell Gedanken machen, wie wir das intransparente Dickicht ausserparlamentarischer Kommissionen, seien dies stetige oder, noch intransparenter, befristete Kommissionen von Regierung und Verwaltung, inskünftig reflektierter und wirkungsvoller steuern und überprüfen wollen. Wir jedenfalls genehmigen hier und jetzt die Ersatzwahl eines Mitglieds der Berufsbildungskommission. Besten Dank.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Mitte unterstützt die Genehmigung der Wahl von Christian Zehnder in die Berufsbildungskommission. Für uns stehen bei dieser Wahl die fachliche Eignung und die ordnungsgemässe Vertretung der vorgesehenen Anspruchsgruppen im Vordergrund. Für ein Fachgremium wie die Berufsbildungskommission ist entscheidend, dass die verschiedenen Akteure der Berufsbildung kompetent vertreten sind und die Kommission ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen kann. Genau dies ist mit der vorliegenden Wahl gewährleistet.

Zum Antrag der SP gibt es Folgendes zu sagen: Die Mitte nimmt das Anliegen der Gleichstellung ernst. Gleichstellung bedeutet für uns aber nicht, dass in jedem Gremium zwingend eine gleiche Verteilung der Geschlechter erreicht werden muss. Entscheidend ist, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen haben, Verantwortung zu übernehmen, und dass Tätigkeiten und Berufe, unabhängig davon, ob sie eher von Frauen oder eher von Männern ausgeübt werden, gleichwertig anerkannt und behandelt werden. Bei dieser Ersatzwahl sind neben dem Geschlecht die verfügbaren Kandidaturen und das fachliche Profil zu berücksichtigen. Der Minderheitsantrag der SP schafft keine zusätzliche Frau in der Berufsbildungskommission, er verhindert lediglich die Wahl einer qualifizierten Person und löst damit das angesprochene Anliegen nicht.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Die neun Mitglieder der Berufsbildungskommission werden vom Regierungsrat gewählt, und diese Wahl soll dann vom Kantonsrat genehmigt werden. Nach dem Rücktritt von Rechtsanwältin Anne Koller-Dolivo wird nun Herr Christian Zehnder für den Rest der Amtsdauer bis 2027 gewählt. Als Direktor des Fördervereins KV Zürich verfügt er über sehr viel Erfahrung in der Berufsbildung, was wir Grüne sehr begrüßen. Falls Sie es nicht wissen: Die Trägerschaft des Fördervereins KV Zürich setzt sich aus dem Kaufmännischen

Verband Zürich, dem Verband Arbeitgeber Zürich, VZH, sowie rund 400 Lehrbetrieben zusammen. Das hat uns restlos überzeugt. Klar ist: Wie so oft wählt der Regierungsrat, und der Kantonsrat genehmigt. Das mag nicht immer befriedigend sein, doch in diesem Fall haben wir keinerlei Einwände. Wir genehmigen diese Wahl. Vielen Dank.

David Garcia Nuñez (AL, Zürich): Die Alternative Linke folgt dem Antrag der SP-Fraktion und wird die Wahl von Christian Zehnder nicht unterstützen. Diese Entscheidung ist nicht emotional, sondern sachlich begründet. Auch uns ist wichtig zu betonen, dass unsere Position nicht mit den Qualifikationen des Kandidaten zusammenhängt. Unter anderen Umständen hätte die Genehmigung dieser Wahl für uns kein Problem dargestellt.

Wir haben allerdings zwischenzeitlich das Jahr 2026, und dennoch gibt es Gremien, die sich offensichtlich so verhalten, als hätten sie Begriffe wie «Geschlechtergleichstellung» oder «Diversität» noch nie gehört. Das geht für uns nicht, weshalb wir ein politisches Zeichen setzen. Nicht der einzelne Mann ist das Thema, sondern die Tatsache, dass viele, zu viele Stellen und Gremien Fachqualifikationen weiterhin mit männlicher Normalität verwechseln. Das ist der entscheidende Punkt.

Das Problem ist strukturell. Die Analyse ist längst gemacht, und die Lösungen liegen seit Jahren vor. Quoten wurden ja bereits erwähnt. Quoten sind eine Möglichkeit, sich dieser Problematik anzunehmen, und sie sind nicht einfach gut oder schlecht. Zum Beispiel kommen in dieses Gremium nicht einfach die Besten rein, sondern es gibt Organisationen, die vordefiniert sind und sich dementsprechend an dieser Quote halten können. Offensichtlich gibt es aber Parteien, die jedes Mal finden, dass Geschlechterquoten immer schlecht seien, und dem stellen wir uns komplett entgegen. Daher sind die Konsequenzen für die Alternative Linke klar: Wir bitten insbesondere die Herren Mitglieder der Berufsbildungskommission, aber auch jene anderer Stellen und Gremien, in ihren Organisationen über Geschlechtergleichstellung und Diversität zu sprechen und sich entsprechend so aufzustellen, dass sich diese Ungleichheit bei künftigen Wahlen nicht weiter reproduziert. Nicht nur unsere Bereitschaft, politische Zeichen zu setzen, ist erschöpft, auch unsere Geduld ist am Ende.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Sibylle Jüttner, Mandy Abou Shoak (in Vertretung von Lejla Salihu), Carmen Marty Fässler:

I. Die am 10. Dezember 2025 durch den Regierungsrat vorgenommene Wahl von Christian Zehnder als Mitglied der Berufsbildungskommission ab 1. Januar 2026 für den Rest der Amtsdauer 2023–2027 wird nicht genehmigt.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Sibylle Jüttner gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 136 : 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die Wahl zu genehmigen.

II.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Da Eintreten obligatorisch ist, findet auch keine Schlussabstimmung statt.

Das Geschäft ist erledigt.